



## Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat  
**24. November 2021**, 16:30 Uhr  
**öffentlich**  
Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Protokollführerin: Sandra Esch

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

## TOP 1      **Ertüchtigung Rheinhochwasserdamm (RHWD) XXV „Knielinger See“ mit Prüfung von Dammrückverlegungsvarianten**

**Die Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Herrn Peter Schneider und Herrn Jens Teege und übergibt das Wort Herrn Teege als Projektleiter.

**Herr Jens Teege (Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe, Projektleitung)** erläutert den aktuellen Stand des Vorhabens anhand der beigefügten Präsentation. Er verweist auf die bereits erfolgte Information im AUG/NSB am 26. März 2021, bei dem das Regierungspräsidium Karlsruhe zugesagt hatte, erneut im AUG/NSB über das Projekt zu berichten und stellt eine weitere Information im AUG/NSB in Aussicht, wenn die Entscheidung über eine Vorzugsvariante getroffen werden konnte.

**Frau Bürgermeisterin Lisbach** dankt für den Vortrag und eröffnet die Möglichkeit, dem Vorhabenträger Fragen zu stellen.

**Frau Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE)** stellt fest, dass seit dem letzten Termin nur Vor-Ort-Gespräche stattgefunden haben. Sie habe selbst gesehen, wie das Wasser bis zur Dammkrone angestanden hat und die angrenzenden Wiesen unter Wasser standen. Sie hat folgende Fragen:

- Müssen nicht bereits zeitnah Maßnahmen am Damm vorgenommen werden?
- Ist es denkbar von den Vorstellungen des IRP abzuweichen?
- Ist es möglich, dass nicht bei allen Varianten das Hofgut Maxau sowie die Wohnhäuser am Rhein erhalten werden können?

**Frau Marlies Fichter (BUND)** fragt an, ob die Varianten 2 und 3 auch Auswirkungen auf den Hauptdamm haben bzw. ob der Hauptdamm bei diesen Varianten in gleicher Weise umgebaut werden muss, wie bei einer Umsetzung der Variante 1. Darüber hinaus möchte sie wissen, welche Zeiträume für die Baumaßnahmen erforderlich werden und ob bereits mit den Landwirten/innen und Anliegern/innen gesprochen wurde, da bei der dritten Variante stark in kleinparzellige und landwirtschaftliche Flächen eingegriffen würde.

Die Frage nach dem Einfluss auf das Privateigentum im Falle einer Umsetzung der dritten Variante wird nochmals von anderer Seite aufgeworfen.

**Herr Hartmut Weinrebe (BUND)** dankt für die gute Kommunikation und teilt mit, dass der Pächter des Hofgut Maxau den NABU und den BUND zur Teilnahme am Ortstermin gebeten hatte und auch das Liegenschaftsamt sowie der Kreisbauernverband vertreten waren. Seiner Meinung nach findet das eigentliche Fachgespräch am 30. November 2021 statt (auenökologisches Fachgespräch auf Einladung des Regierungspräsidiums Karlsruhe). Er fordert ein „größeres Denken“ und verweist auf die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal. Die Auswirkungen von Verbauung und Versiegelung müssen berücksichtigt werden und den Flüssen mehr Raum gegeben werden. Neben der Hochwasserproblematik sei auch die Biodiversitätskrise zu beachten. Hier bestünde die Möglichkeit einen Beitrag zu leisten und dem Rhein Flächen zurückzugeben.

**Herr Jens Teege (RP Karlsruhe, Projektleitung)** erläutert: Der angesprochene Rheinhochwasserdamm ist in die höchste Priorität im Sanierungsprogramm eingestuft, es besteht jedoch kein akuter Handlungsbedarf. Die Dämme werden grundsätzlich bei/nach Hochwasserereignissen auf Schäden geprüft. Bei Bedarf werden Sofortmaßnahmen ergriffen. Die vernässten Wiesen sind eine Folge der besonders langanhaltenden Hochwassersituation. Es handelt sich hierbei jedoch um Druckwasser. Diese Situation wird sich auch nach einer Sanierung des Dammes nicht ändern. Hinsichtlich der Frage zum IRP (Integriertes Rhein Programm) verweist Herr Teege nochmals auf den Sachverhalt, dass es sich bei der Sanierung des Rheinhochwasserdammes nicht um einen Polder handelt. Bei der Sanierung des Dammes handelt es sich um eine Maßnahme der Rahmenkonzeption II und somit nicht um die Gewinnung von Rückhaltevolumen sondern um einen Hochwasserrückhalteraum. Bezüglich der betroffenen Gebäude stellt Herr Teege klar, dass diese nicht schlechter gestellt werden dürfen als bisher. Dem Vorhabenträger sind die Gebäude Hofgut Maxau, Schiffsmeldestelle und Wohngebäude am Rhein bekannt, diese müssten im Bedarfsfall geschützt und gegebenenfalls eingedämmt werden. Bei einer Umsetzung der Varianten 2 bzw. 3 wären ebenfalls Arbeiten am Hauptdamm erforderlich, jedoch nicht im gleichen Umfang, wie bei einer Sanierung auf der Bestandslinie. Die Bauzeit schätzt Herr Teege bei einer Umsetzung der Sanierung auf der Bestandslinie auf etwa 2-3 Jahre, bei der Umsetzung der Variante 3 auf etwa 5-7 Jahre. Die Betroffenheit der landwirtschaftlichen Flächen sind bekannt und werden entsprechend betrachtet. Bei einem Eingriff in Privateigentum werden nach Möglichkeit Tauschflächen angeboten. Eine Enteignung zur Umsetzung einer Dammrückverlegung ist nach Aussage von Herrn Teege nur schwer vermittelbar. Dies wäre lediglich bei einer Inanspruchnahme für Maßnahmen auf der Bestandsstrecke denkbar. Bezüglich des Knielinger Sees, teilt Herr Teege mit, dass bei der Planung berücksichtigt wird, dass der Frischwasserzulauf auch bei niedrigen Rheinwasserpegelständen gewährleistet ist.

**Herr Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AFD)** fragt, ob der Knielinger See durchgehend mit Rheinwasser durchströmt wird und bittet um Aussagen zum Auslauf.

**Herr Hartmut Weinrebe (BUND)** empfiehlt die „Bislicher Insel“ am Niederrhein im Kreis Wesel für eine Exkursion als gelungenes Beispiel für Landwirtschaft und Beweidung im Einklang mit einer Auenlandschaft.

**Herr Jens Teege (RP Karlsruhe)** erklärt, dass im Falle einer Dammrückverlegung ein Einlaufbauwerk im Süden im Bereich der bisherigen NATO-Rampe erforderlich sei, zum Beispiel durch Absenkung der Dammhöhe auf einer bestimmten Strecke. Ebenso seien Regulierungsmaßnahmen erforderlich, damit das Wasser nicht in die Alb zurückfließe. Eben für diese Aussagen wurde die hydraulischen Untersuchungen beauftragt. Das Ergebnis „geht“ oder „geht nicht“ wäre sodann ein Argument für die Variantenentscheidung.

**Frau Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE)** fragt, sofern das Hofgut Maxau vollständig eingeschlossen würde, wäre dann gegebenenfalls eine Brücke für den Zugang erforderlich. Ist in einem solche Falle ein wirtschaftlicher Betrieb überhaupt noch möglich? Die Weiden sind bei Hochwasser nicht zu bewirtschaften. Wird das geprüft? Was passiert, wenn sich hieraus eine wirtschaftliche Bedrohung ergibt?

**Herr Jens Teege (RP Karlsruhe)** hält eine permanente Durchströmung des Knielinger Sees nicht für wahrscheinlich. Bezüglich der Weidehaltung geht er gegebenenfalls von Änderungen aus, jedoch sieht er nicht die Gefahr, dass die Weidehaltung unmöglich wird.

**Herr Hartmut Weinrebe (BUND)** ergänzt, dass man bezüglich der Weidehaltung die Forderung aus der entsprechenden Naturschutzvereinbarung überprüfen sollte. Diese würde wohl nicht erfüllt werden. Zudem seien Weideflächen auch außerhalb der betroffenen Fläche möglich. Man müsse die ursprüngliche Zahl der Weidetiere hinterfragen.

**Frau Bürgermeisterin Lisbach** bedankt sich abschließend bei Herrn Schneider und Herrn Teege für ihr Kommen und begrüßt, dass der Ausschuss bei neuen Sachverhalten erneut seitens RP informiert wird.

## **Ergebnis: Kenntnisnahme**

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Sandra Esch  
Protokollführerin

### **Protokoll**

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat  
**24. November 2021, 16:30 Uhr**  
**öffentlich**  
Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Protokollführerin: Ann-Christin Stengel

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

## **TOP 2      Flächenhaftes Naturdenkmal „Rennbuckeldüne“**

**Die Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage zu TOP 2 und übergibt Frau Stengel, als Betreuerin des Schutzgebietsverfahrens der Naturschutzbehörde, das Wort.

**Frau Stengel (ZJD)** erläutert kurz die geplante Ausweisung des flächenhaften Naturdenkmals „Rennbuckeldüne“ in der Nordweststadt. Weiter trägt sie anhand der **Tischvorlage**, die eingegangenen Rückmeldungen der Träger öffentlicher Belange und weiteren Beteiligten im Rahmen der stattgefundenen Anhörung vor.

**Die Vorsitzende** stellt fest, dass es keine Wortmeldungen oder weiteren Aussprachebedarf gibt.

### **Ergebnis: Kenntnisaufnahme**

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Ann-Christin Stengel  
Protokollführerin

### **Protokoll**

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat  
**24. November 2021, 16:30 Uhr**  
**öffentlich**  
Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Protokollführer: Daniel Hogenmüller

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

### **TOP 3      Information zur Verlängerung und Erweiterung der Aufsuchungserlaubnis für Erdwärme und Sole im Feld „KIT-Campus Nord“**

Im Nachgang zum Vortrag von **Professorin Eva Schill (KIT)** fragt **Stadtrat Michael Zeh (SPD)**, bis wann mit der Genehmigung für den neuen Aufsuchungsantrag zu rechnen ist. Ebenso wie **Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR)** und **Marlies Fichter (Naturschutzbeirat)** erkundigt er sich zudem nach einer Beteiligung der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen bzw. der Übertragbarkeit des Konzepts auf weitere Quartiere, auch in Karlsruhe.

Nach Auskunft von **Frau Prof. Schill** dürfte mit einer Genehmigung im Februar/März 2022 zu rechnen sein. Danach würde auch der Betriebsplan eingereicht, der bereits in Vorbereitung sei. Das vorgestellte Konzept sei ausschließlich auf die Wärmeversorgung des Campus Nord ausgerichtet, d.h. eine Mitversorgung benachbarter Wohnquartiere ist nicht geplant. Eine Übertragbarkeit des Ansatzes sei aber grundsätzlich gegeben, wobei für Karlsruhe mit seinem großen Fernwärmenetz insbesondere die Kombination mit einem Speicher interessant wäre. Mit den Stadtwerken stehe man hier bereits im engen Austausch und habe auch einen gemeinsamen Forschungsantrag eingereicht. Mit einem Speicher sei auch das Thema power-to-heat potenziell denkbar, um etwa Strom für einzelne Quartiere abhängig vom konkreten Bedarf zu produzieren.

In mehreren Wortmeldungen wird der Abstand zwischen der Bohrung des KIT und der geplanten Bohrung der Deutschen Erdwärme kritisch hinterfragt. **Frau Prof. Schill** verdeutlicht, dass die Reservoir-Größe einer Tiefengeothermiebohrung i.d.R. rund 1 km<sup>3</sup> umfasse. Deshalb sei ausgeschlossen, dass sich beide Projekte selbst bei abgelenkten und

aufeinander zulaufenden Bohrungen in die Quere kämen oder sich gegenseitig beeinflussen.

Auf Rückfrage von **Hartmut Weinrebe (BUND)** verweist **Prof. Schill** auf die veröffentlichten Ergebnisse der Workshops aus dem GECKO-Projekt (<https://www.gecko-geothermie.de>).

**Herr Weinrebe** erkundigt sich zudem, warum im Gegensatz zur Vorgehensweise der Deutschen Erdwärme keine 3 D-Seismik geplant ist und ob es Pläne zur Lithiumgewinnung gebe.

**Frau Prof. Schill** verweist auf die vorhandenen Seismikdaten der Erdölindustrie, die für die Bohrungstiefen des KIT-Projekts, insbesondere die mitteltiefe Bohrung ausreichend genau seien. Die vorhandenen Daten der Deutschen Erdwärme kenne sie nicht, es sei aber gut nachvollziehbar, wenn sich das Unternehmen für seine Tiefenbohrung nochmals zusätzlich absichere. Ein Lithiumvorkommen kann im Bereich der mitteltiefen KIT-Bohrung definitiv ausgeschlossen werden, lediglich bei der Tiefenbohrung werde das Thema relevant. Es sei durchaus denkbar, dass es hier zu einer wissenschaftlichen Begleitforschung durch das KIT komme. Konkrete Planungen gebe es aber noch nicht, erst recht nicht, daraus ein wirtschaftliches Standbein aufzubauen.

**Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD)** vermisst die Ansprache kritischer Punkte. Dazu gehöre vor allem die hohe Salzfracht des Thermalwassers und die problematische Entsorgung von Ablagerungen, auch von radioaktiven Inhaltsstoffen. Er nennt die Erdbebenfälle im elsässischen La Wantzenau, die einem die seismischen Gefahren der Technik vor Augen führen würden. Dort sei auch noch kein einzige/r Hausbesitzende/ für entstandene Risse an Gebäuden entschädigt worden.

**Frau Prof. Schill** verweist auf die Geschlossenheit des Systems und das bekannte Problem von Ablagerungen in Wärmetauschern, die deshalb regelmäßig gewechselt werden müssten. Da hier auch geringe Mengen radioaktiver Isotope enthalten sind, werden diese über die vorgegebenen Wege und entsprechend zugelassene Deponien entsorgt. Aus der mitteltiefen Bohrung seien allerdings keine radioaktiven Stoffe zu erwarten. Probleme würde es nur bereiten, wenn sich zusätzlich zu radioaktiven Isotopen auch noch Schwermetalle ablagern würden, da für diese Kombination nur wenige Deponiekapazitäten vorhanden sind, wobei das KIT selbst für diesen Fall Entsorgungsmöglichkeiten hätte.

Bezüglich des Vorfalls in La Wantzenau erläutert **Frau Prof. Schill**, dass dies das einzige ihr bekannte Projekt mit einer hohen nachgewiesenen induzierten Seismizität sei. Allerdings wurden bei dieser Bohrung auch mit ungleich höheren Drücken und erheblich höheren Fließraten gearbeitet, sodass sich ein direkter Vergleich nicht möglich sei. Der Zusammenhang zwischen Pressdruck, Fließraten und der induzierten Seismizität sei mittlerweile gut bekannt. Deshalb sei das KIT-Projekt auch bewusst auf moderate Fließraten ausgelegt, auch wenn dies zu gewissen Abstrichen bei der Wirtschaftlichkeit führe. Im Elsass gebe es mehrere Geothermiekraftwerke, bei denen nach einer Druckänderung keinerlei Seismizität mehr nachweisbar sei und zwar langjährig, deshalb sei das Problem grundsätzlich beherrschbar.

### **Ergebnis:**

Kenntnisnahme

## Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit Naturschutzbeirat  
**24. November 2021**, 16:30 Uhr  
**öffentlich**  
Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Protokollführerin Antonia Glaß, UA

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

### TOP 4      **Karlsruher Biodiversitätskonzept 2021**

**Thomas Breunig (Institut für Planung und Landschaftskunde)** stellt das Biodiversitätskonzept 2021 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

**Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE)** bedankt sich für den Vortrag. Sie erinnert daran, dass die GRÜNEN 2017 die Idee für einen Masterplan für Biodiversität in Karlsruhe eingebracht hatten. Das Ergebnis beschreibt sie als sehr umfassend. Die Geduld hat sich gelohnt. Keine andere Stadt hat ein Konzept, das so in die Tiefe geht. Karlsruhe steht damit an der Spitze in der Region. Sie wünscht sich einen jährlichen Bericht zur Umsetzung des Biodiversitätskonzeptes.

**Frau Marliese Fichter (Naturschutzbeirat, BUND)** bedankt sich für das sehr gelungene und informative Konzept. Es dürfe aber kein Papiertiger werden. Bei allen Bautätigkeiten und Vorhaben muss das Konzept beachtet werden. Der Wille, das Konzept umzusetzen, müsse auf allen Ebenen da sein.

Dass es beim Bebauungsplanverfahren „Östliche Esslinger Straße“ keinen Umweltbericht gab, sei ein Unding. Sie fragt, ob das Konzept veröffentlicht wird. Im Namen des BUND wünscht sie sich, dass bei zukünftigen Verfahren beurteilt wird, wie sich das Vorhaben auf die Biodiversität auswirkt, so dass dies bei politischen Entscheidungen klar kommuniziert werden kann.

**Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR)** bedankt sich und bezeichnet die Erstellung des Konzeptes als eine Mammutaufgabe. Karlsruhe habe bereits sehr gute Konzepte. Er fragt, wie die Inhalte des Konzeptes und der Biodiversitätsschutz in die Planungs- und Bauebene getragen werden soll.

**Amtsleiter Norbert Hacker (UA)** gibt an, dass für die Beauftragung des Büros Breunig zur Erstellung des Konzeptes finanzielle Mittel zur Verfügung standen; diese sind jetzt aufgebraucht. Die kommenden Aufgaben sind mit eigenen Mitteln zu bewerkstelligen. Für jährliche Berichte gibt es keine personelle Kapazität und keine finanziellen Mittel.

Das Konzept wird im Internet veröffentlicht.

UA hat hier die Federführung und stellt die zentrale Stelle für das Thema Biodiversität dar. Die MitarbeiterInnen des UA nutzen ihre Beteiligung an jeglichen Verfahren den Schutz der Biodiversität und die Umsetzung des Konzeptes zu bewirken. Die Entscheidungen liegen jedoch bei der Politik.

**Herr Thomas Breunig** fügt an, dass die Ausfertigung des Konzeptes nur der erste Schritt sei. Die Umsetzung liegt nun bei der Stadtverwaltung und der Politik.

Eine gute Kommunikation zwischen den Fachämtern ist essentiell für die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes. Er weist darauf hin, dass als Ausgleichsmaßnahmen sehr häufig Bäume gepflanzt werden und empfiehlt auch den Schutz von Biotoptypen, die durch Beschattung gefährdet sind, zu fördern. Er betont, dass das Ausbringen von „Samentütchen“ keine Förderung der Biodiversität darstellt.

**Die Vorsitzende** betont, dass die Inhalte des Konzeptes im Alltag der Verwaltung und auch der Bürgerschaft gelebt werden müssen. Finanzielle Mittel sind für eine erfolgreiche Umsetzung erforderlich.

**Herr Hartmut Weinrebe (Naturschutzbeirat, BUND)** bedankt sich für die Beteiligung im Projektbegleitkreis und die gute Zusammenarbeit. Genau wie die Klimakrise hält er auch den Biodiversitätsverlust für eine globale Krise, die es zu bewältigen gilt. Daher muss das Biodiversitätskonzept genauso konsequent umgesetzt werden, wie das Klimaschutzkonzept. Hierzu ist Personal erforderlich. Er wünscht sich eine Stabstelle für Biodiversitätsschutz. Ebenso hält er es für erforderlich, dass das Biodiversitätskonzept regelmäßig an aktuelle Erkenntnisse und Gegebenheit angepasst und fortgeschrieben wird.

Auch **Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE)** sieht den Schutz der Biodiversität auf gleicher Ebene wie den Klimaschutz. Beides hängt von einander ab. Mittel zur Umsetzung müsse für beide Themen bereitgestellt werden.

**Die Vorsitzende** hält eine Stabstelle nicht für erforderlich, da die entsprechenden Fachämter in der Lage seien, gute Lösungen zu finden. Bei vielen Themen sieht sie sehr viel Abstimmungsbedarf zwischen den Fachämtern.

**Die Naturschutzbeauftragten Dr. Robert Trusch und Dr. Torsten Bittner** haben sich um Vorfeld schriftlich geäußert, da eine Teilnahme im AUG nicht möglich war. Sie schreiben folgendes:

*„Die Biodiversitätskonzeption liegt im November 2021 in einer weitgehend abgeschlossenen und abgestimmten Form vor. Wir können der Konzeption für die Stadt uneingeschränkt als gelungen bezeichnen. Sowohl der Aufbau als auch die Bearbeitung der Themen wirken schlüssig. Die Herangehensweise hier als übergeordneter Ideengeber zu dienen und nicht zu konkret in die Fläche zu gehen, ermöglicht eine gewisse Flexibilität für nachfolgende Planungen, ermöglicht aber auch, dass die Konzeption deutlich länger aktuell bleiben kann. Allzu detailverliebte Planungen einzelnen Flächen würden sehr schnell an Relevanz verlieren, wenn andere Projekte ebenso diese Flächen beanspruchen würden. Dieses Vorgehen führt zu einer deutlich höheren Akzeptanz auch bei anderen Ämtern.*

*Die bisher angebrachten Kritikpunkte insbesondere durch den NABU konnten im Vorfeld weitgehend entkräftet werden und werden als nachrangig relevant angesehen. Wir sehen das Biodiversitätskonzept, durch die gute Zusammenfassung der biodiversitätsrelevanten Themenkomplexe als sehr wichtigen Schritt für die Stadt Karlsruhe zum Erhalt der biologischen Vielfalt.“*

**Ergebnis:** AUG: einstimmig ja

NSB: Der NSB ist aufgrund der geringen Teilnehmerzahl nicht abstimmungsfähig.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Antonia Glaß  
Protokollführerin

## **Protokoll**

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat  
**24. November 2021**, 16:30 Uhr  
**öffentlich**  
Bürgersaal  
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Protokollführer: Daniel Hogenmüller

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

### **TOP 5            Photovoltaikanlagen auf Parkhäusern und -flächen**

**Die Vorsitzende** ruft den aus dem Gemeinderat vom 28.09.21 in den Fachausschuss verwiesenen Antrag der CDU auf.

**Stadtrat Sven Maier (CDU)** betont, dass er mit weiten Teilen der ausführlichen Antwort einverstanden ist. Zwischen den Zeilen lasse sich aber eine eher ablehnende Haltung ablesen. Nicht nachzuvollziehen sei die Weigerung, das Bonus-Programm anzupassen. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag im Gemeinderat weiterhin zur Abstimmung stellen.

**Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE)** kann sich der Verwaltungsstellungnahme anschließen. Die derzeitigen Förderhöhen des Bonus-Programms dürften nicht ausreichend sein. Außerdem gebe es in Kombination mit Elektroladesäulen bereits Fördermöglichkeiten über Bund und Land. Für den Wunsch einer finanziellen Ausweitung des Programms hätte auch ein Haushaltsantrag gestellt werden können.

**Norbert Hacker (AL Umwelt- und Arbeitsschutz)** betont, dass man den Antrag insgesamt positiv gesehen und auch so beantwortet habe. Beim Thema Bonus-Programm war allerdings eine zentrale Überlegung, keine einzelnen Branchen zu bevorzugen. Die Förderbeträge sind zudem so gedeckelt, dass diese für Unternehmen in der Gesamtkalkulation eines PV-Projekts keine große Rolle spielen dürften. Sollte eine Ausweitung für gewerbliche Zwecke gewünscht sein, wäre es zielführender, die gesamte Wirtschaft einzubeziehen. Das gibt das Budget aber nicht her.

#### **Ergebnis:**

Nur Vorberatung, keine Abstimmung

### **TOP 6            Klimaschutzkonzept 2030 – Anpassung der Klimaschutzziele**

**Die Vorsitzende** verweist auf den vorbereitenden Vortrag der letzten Sitzung, in der die Vorlage bereits angekündigt wurde. Die Stadtverwaltung sei bereit, im Hinblick auf die Klimaneutralität zieltechnisch nachzuziehen, erwarte aber von Bund und Land weitere Maßnahmen, die den Kommunen Korridore und Perspektiven eröffnen. Eine Nachjustierung der Zielsetzung bis 2030 ist kein Bestandteil der Vorlage, da diese bereits äußerst ambitioniert sei.

**Stadtrat Michael Zeh (SPD), Stadträtin Christine Bischoff (GRÜNE) und Stadtrat Sven Maier (CDU)** befürworten die Vorlage und unterstreichen die Erwartung, dass mehr von Bundes- und Landesseite kommen müsse, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht.

**Norbert Hacker (AL Umwelt- und Arbeitsschutz)** erläutert, dass es bei der notwendigen Verbesserung von Spielräumen und Randbedingungen nicht nur um s Geld geht. Als Beispiel nennt er die Photovoltaik, wo es noch zu viele rechtliche Hindernisse und zahlreiche Vereinfachungsmöglichkeiten gebe, etwa um den Mieterstrom attraktiver und unkomplizierter zu machen. Gerade bei der klimaneutralen Verwaltung wisse man mittlerweile, dass es eine gewaltige finanzielle und organisatorische Aufgabe sei, die Gebäude der Stadtverwaltung umfassend energetisch zu sanieren. Hier sei man sehr gespannt, wie das Land dies bis 2030 bei seinen Gebäuden schaffen wolle.

**Die Vorsitzende** sieht vor allem einen angemessenen und sozial ausgeglichenen CO<sub>2</sub>-Preis als wesentlichen Dynamikfaktor.

**Hartmut Weinrebe (BUND)** vermisst in der ganzen Diskussion den Verkehrssektor. Gerade hier brauche es einen richtigen Systemwechsel, nicht nur auf der Antriebsseite, sondern durch massive Verkehrsreduzierungen. Das müsse bereits heute in jeder Planung berücksichtigt werden, das zeige die Studie der Landesstiftung Baden-Württemberg zu den Klimazielen im Verkehrssektor ganz deutlich.

**Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD)** sieht bei einem Anteil von lediglich 10 % am CO<sub>2</sub>-Austoß keinen vordringlichen Handlungsbedarf. Die Mobilität der Arbeitnehmenden habe durch die Arbeitsteiligkeit der Gesellschaft zwangsweise zugenommen und viele seien hier mangels Alternativen auf das Auto angewiesen. Weitere Einschränkungen würden zwangsläufig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands torpedieren.

**Martin Sawillion (sachkundiger Einwohner)** hält die bisherigen Bemühungen Karlsruhe im Bereich Verkehr für durchaus beachtenswert und landesweit vorbildlich. Das Land fördere gerade wieder neue Mobilitätsstellen in Kommunen und es sei begrüßenswert, dass Karlsruhe dies auch nutzt. Ansonsten werde das Land seine Fördermittel tendenziell nicht so ausweiten wie das der Bund aktuell mit seiner neuen Förderrichtlinie zur nationalen Klimaschutzinitiative tue.

**Die Vorsitzende** betont abschließend, dass in der städtischen CO<sub>2</sub>-Bilanz der Verkehrssektor mit knapp einem Viertel beteiligt sei. Landesweit liege der Anteil bei rund 30 %, deshalb seien auch neue Ansätze zur Verkehrsvermeidung zwingend nötig. Die Stadt arbeite hier im Zuge des BYPAD-Beschlusses und vor allem mit ÖRMI auch bereits an Lösungsansätzen.

### **Ergebnis:**

Mehrheitlich ja, bei 1 Nein

### **TOP 7            Sonstiges**

Die **Vorsitzende** informiert über die Verleihung des Bundesverdienstordens an **Arthur Bossert (NABU)** und gratuliert ihm dazu (in Abwesenheit).

Zu dem bereits bekannten Antrag des KIT für die erneuten Aufsuchungsrechte für Erdwärme im Bereich des Campus-Nord hat die Stadt Karlsruhe im Zuge der Anhörung keine Einwände angebracht, aber darauf bestanden, dass eine umfassend Beteiligung der Bevölkerung stattfindet.

**Stadtrat Tom Hoyem (FDP)** möchte in dem Zusammenhang wissen, wie die Karlsruher Firma Vulkan bzgl. Lithiumgewinnung im Raum Karlsruhe aktiv sei.

**Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz)** erklärt, dass die Firma in der Region derzeit über keine Aufsuchungsrechte verfüge und ihre Projekte in anderen Regionen verfolge.

Auf Nachfrage von **Marlies Fichter (Naturschutzbeirat)** erläutert die **Vorsitzende**, dass sich die angekündigte Konzeption zur Förderung des ökologischen Landbaus noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde und für die erste oder zweite Sitzung in 2022 vorgesehen ist.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Daniel Hogenmüller  
Protokollführer